

## **ANTRAG**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Nach Altmaier-Knick und Gabriel-Delle – Jetzt Reiche-Angriff auf erneuerbare Energien stoppen**

Der Landtag möge beschließen:

**I. Der Landtag stellt fest:**

1. In den letzten Wochen, insbesondere im Februar 2026, wurden aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mehrere Vorhaben öffentlich, die zusammengekommen den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Wärmewende und die Flexibilisierung des Energiesystems ausbremsen, Investitionsrisiken erhöhen und fossile Abhängigkeiten verlängern würden. Das gefährdet Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Klimaziele und regionale Wertschöpfung – besonders in Erneuerbare-Energien-Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern.
2. Aktuell zeigt die Eskalation im Nahen Osten, wie schnell fossile Abhängigkeiten zu Preisschocks führen können. Seit dem Start der militärischen Angriffe auf den Iran kommt es zu erheblichen Verwerfungen an den Öl- und Gasmärkten. Wie schon der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt hat, sind fossile Importabhängigkeiten ein Sicherheits- und Preisrisiko. Menschen und Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern müssen deshalb durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, von Netzen, Speichern und Effizienz sowie eine sozial abgesicherte Wärmewende vor Preisschocks geschützt werden.
3. Das bekannt gewordene „Netzpaket“ der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche setzt die falschen Prioritäten. Statt Netze und Anschlussprozesse so auszubauen, dass Wind, Solar und Speicher schneller ans Netz kommen, werden neue Bremsen und Unklarheiten beim Netzzugang von der Bundesregierung vorgeschlagen. Die Folge wäre, dass weniger erneuerbare Energien realisiert werden, sich Inbetriebnahmen verschieben und so günstiger Wind- und Solarstrom später verfügbar ist. Damit bleibt teurere fossile Energie länger am Netz und treibt die Strompreise in die Höhe. Das trifft Bürger/-innen, Kommunen und mittelständische Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern besonders.

4. Auch der öffentlich gewordene Entwurf zur Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) setzt politisch das falsche Signal. Ausgerechnet die breite Dach-Photovoltaik und Beteiligungsmodelle, die Tempo und Akzeptanz bringen, sollen durch weniger einfache, verlässliche Rahmenbedingungen geschwächt werden – mit Risiken für Investitionen von Haushalten, Wohnungswirtschaft und Bürgerenergie.
5. Die Eckpunkte zum „Gebäudemodernisierungsgesetz“ fahren die Wärmewende gegen die Wand. Wenn klare Standards für erneuerbares Heizen aufgeweicht und neue Öl- und Gasheizungen wieder attraktiver werden, drohen neue Heizkostenexplosionen für Mieter/-innen, Eigenheimbesitzer/-innen und Verunsicherung für Handwerk, Kommunen und Wohnungswirtschaft.
6. Die verfehlte Kraftwerksstrategie der Ministerin Katherina Reiche und die öffentlich gewordenen Ideen zu einem Kapazitätsmarkt weisen politisch in Richtung einer großvolumigen Absicherung der Energiewende durch Gaskraftwerke, ohne den Ausstieg aus Erdgas verbindlich und zeitnah abzusichern. Das macht die Energiewende unnötig teuer und verlängert fossile Abhängigkeiten.
7. Die Debatte zeigt bereits jetzt, dass die Vorhaben auf breite Kritik und Ablehnung aus Verbänden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stoßen. Mecklenburg-Vorpommern mit seinem Potenzial aus Energie aus Wind und Sonne profitiert neben günstigem Strom auch durch die im Land geschaffene Wertschöpfung. Das unterstreicht die Notwendigkeit, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat klare Position für Beschleunigung, Kostenentlastung und Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energien, Netze und Flexibilität bezieht.

## II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem „Netzpaket“ im Bundesrat in der vorliegenden Fassung nicht zuzustimmen und sich stattdessen für ein Netz- und Anschlussbeschleunigungspaket einzusetzen, das Engpässe vorrangig durch schnelleren Ausbau und bessere Nutzung der Netze löst, insbesondere mit einer Anschlusspflicht der Netzbetreiber, bundesweit einheitlichen und digitalisierten Anschlussverfahren, einer Verteilnetz-Ausbauoffensive bis 2030 sowie der systemdienlichen Integration von Speichern.
2. zur EEG-Novelle auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der Ausbau von Dach-Photovoltaik, Mieterstrom und Bürgerenergie nicht durch den Wegfall einfacher, verlässlicher Vergütungs-/Abnahmeoptionen ausgebremst wird. Es braucht praxistaugliche Standardmodelle für kleine Dachanlagen und erhöhte Ausschreibungsvolumina für Windenergie an Land.
3. zur geplanten Reform des Gebäudeenergiegesetzes im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass Effizienz- und Erneuerbare-Energien-Standards nicht durch Quotenmodelle ersetzt werden dürfen. Stattdessen sind klare, praxistaugliche Vorgaben für effiziente, erneuerbare Heizsysteme und Wärmenetze zu sichern, Mieter/-innen wirksam vor Warmmieten- und Heizkostenfallen zu schützen und knappe grüne Gase und Wasserstoff vorrangig für schwer elektrifizierbare Bereiche zu reservieren.

4. zur Kraftwerksstrategie und zum Kapazitätsmechanismus auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass ein Kapazitätsmarkt nicht in erster Linie den Bau neuer Gaskraftwerke absichert, sondern Technologieoffenheit im Wettbewerb zwischen Lösungen ermöglicht (Speicher, Lastmanagement/Lastverschiebung, Power-to-Heat, Hybridlösungen). Darüber hinaus ist die Netzdienlichkeit verbindlich zu verankern, ein überprüfbarer Umstiegspfad weg von Erdgas vorzusehen sowie eine Förderung fossiler Kraftwerke „mit CCS“ auszuschließen.

### **Constanze Oehlrich und Fraktion**

#### **Begründung:**

Mecklenburg-Vorpommern ist Land der erneuerbaren Energien. Wind und Solar sind zentral für bezahlbaren Strom, Klimaschutz und regionale Wertschöpfung. Politische Weichenstellungen, die den Ausbau bremsen oder fossile Pfadabhängigkeiten verlängern, wirken hier besonders stark auf Kommunalfinanzen, Unternehmensinvestitionen und die Strompreise.

Die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten und die Erfahrungen seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen, wie schnell fossile Abhängigkeiten zu Preisschocks führen. Genau deshalb ist die beschleunigte Energiewende auch Preis- und Sicherheitspolitik. Wer Wind, Solar, Speicher und Netze bremst, hält die Abhängigkeit von fossilen Importen länger am Leben.

Zum „Netzpaket“<sup>1</sup>:

Nach dem bekannt gewordenen Entwurf sollen Netzgebiete bei mehr als 3 Prozent netzbedingter Abregelung im Vorjahr mit einem Redispatch-Vorbehalt belegt werden. Die 3-Prozent-Schwelle liegt in vielen Netzbereichen bereits im Bereich des Üblichen. Redispatch lässt sich zudem volkswirtschaftlich nicht sinnvoll auf „null“ wegplanen. Neue Anlagen sollen in solchen Gebieten bis zu zehn Jahre auf Entschädigungen im Falle von Redispatch-Maßnahmen verzichten. Das gefährdet Investitionen in erneuerbare Energien und damit auch die geplanten Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen und Einwohner/-innen.

Ein im Auftrag des Bundesverbandes WindEnergie e. V. erstelltes Rechtsgutachten<sup>2</sup> weist zudem auf erhebliche unionsrechtliche Risiken hin. Analysen deuten darauf hin, dass kapazitätsbegrenzte Gebiete vor allem in windreichen Regionen im Norden entstehen würden.

---

<sup>1</sup> [https://bundestagszusammenfasser.de/wp-content/uploads/rewp21/1149\\_referentenentwurf-netzanschluss-paket.pdf](https://bundestagszusammenfasser.de/wp-content/uploads/rewp21/1149_referentenentwurf-netzanschluss-paket.pdf)

<sup>2</sup> [https://www.bee-ev.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Meldungen/Positionspapiere/2026/20260217\\_-\\_Rechtsgutachten\\_BWE.pdf](https://www.bee-ev.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Meldungen/Positionspapiere/2026/20260217_-_Rechtsgutachten_BWE.pdf)

Damit ist absehbar, dass die Regelungen zukünftig auch in Mecklenburg-Vorpommern spürbar wirken könnten, insbesondere in Netzgebieten mit häufigerem Engpassmanagement (u. a. Teile des Netzgebietes der E.DIS Netz GmbH).<sup>3,4</sup>

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesrat mit BR-Drucksache 318/25 einen vergleichbaren Vorschlag für einen Redispatch-Vorbehalt eingebracht (u. a. 3-Prozent-Kriterium und Ausweisung kapazitätslimitierter Leitungsabschnitte, befristet auf vier Jahre) und damit eine Forderung der E.DIS, einem Tochterunternehmen von E.ON, übernommen. Sie verantwortet damit auch die geplante Umsetzung im Netzpaket mit.<sup>5</sup> Der dagegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Kurswechsel stößt auf breite öffentliche Unterstützung. Fast 200.000 Menschen haben den Aufruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterzeichnet, das „Reiche-Netzpaket“ zu stoppen (Stand: 3. März 2026). Das zeigt, dass die Sorge vor steigenden Strompreisen, neuen fossilen Abhängigkeiten und einem Ausbremsen von Wind- und Solarenergie breit geteilt wird.<sup>6</sup>

Zusätzlich drohen Baukostenzuschüsse für Erzeugungsanlagen zu einer Vorab-Hürde zu werden. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das höhere Finanzierungskosten, weniger Projekte und spätere Inbetriebnahmen – also ein verzögerter Zugang zu günstigem Wind- und Solarstrom und weniger Wertschöpfung in Kommunen und Betrieben.

Zur EEG-Weiterentwicklung<sup>7</sup>:

Nach dem öffentlich gewordenen Entwurf soll die Förderung für kleine Dachsolaranlagen gestrichen werden. Das erhöht Transaktionskosten, senkt die Investitionssicherheit für Haushalte und Wohnungswirtschaft und gefährdet deren Rentabilität. Ein wirtschaftlicher Betrieb wird so künftig nur noch mit hohem Eigenverbrauch möglich sein, also mit E-Auto, Wärmepumpe und Speicher. Das sind Lösungen, die nicht für alle finanziell infrage kommen. Gleichzeitig braucht es höhere und verstetigte Ausschreibungsvolumina für Windenergie an Land, um Ausbauziele zu erreichen, Preisspitzen zu dämpfen und regionale Wertschöpfung zu sichern.

Zum „Gebäudemodernisierungsgesetz“<sup>8</sup>:

Wenn die 65-Prozent-Vorgabe beim Heizungstausch gestrichen, der Betrieb von Öl- und Gasheizungen wieder erleichtert und stattdessen auf Quoten für „grüne“ Brennstoffe gesetzt wird, entsteht ein doppeltes Risiko: (1) Heizkostenfallen durch knappe und teure grüne Brennstoffe – insbesondere für Mieterinnen und Mieter – und (2) neue fossile Pfadabhängigkeiten durch Investitionen, die später teuer nachgerüstet oder ersetzt werden müssen. Zugleich werden knappe grüne Gase und Wasserstoff dort gebunden, wo ihr Einsatz volkswirtschaftlich am wenigsten sinnvoll ist, anstatt sie für schwer elektrifizierbare Bereiche der Industrie zu reservieren.

---

<sup>3</sup> <https://www.pv-magazine.de/2026/02/20/aurora-energy-research-redispatch-vorbehalt-wuerde-zusaetzlich-zum-zeitweisen-verlust-der-marktpremie-fuehren/>

<sup>4</sup> [https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id\\_101134878/reiche-plan-fuer-wind-und-solar-diese-regionen-wuerde-es-treffen.html](https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id_101134878/reiche-plan-fuer-wind-und-solar-diese-regionen-wuerde-es-treffen.html)

<sup>5</sup> <https://www.pv-magazine.de/2026/02/24/wer-hat-den-redispatch-vorbehalt-erfunden-eon/>

<sup>6</sup> [https://dabeisein.gruene.de/forms/katherina-reiche-zerstort-die-energiewende-und-macht-uns-abhangig-rette-die-erneuerbaren-energien-mit-uns?source=direct\\_link&](https://dabeisein.gruene.de/forms/katherina-reiche-zerstort-die-energiewende-und-macht-uns-abhangig-rette-die-erneuerbaren-energien-mit-uns?source=direct_link&)

<sup>7</sup> [https://bundestagszusammenfasser.de/wp-content/uploads/rewp21/1165\\_eeg-entwurf-20260226.pdf](https://bundestagszusammenfasser.de/wp-content/uploads/rewp21/1165_eeg-entwurf-20260226.pdf)

<sup>8</sup> <https://table.media/assets/eckpunkte-gebauedemodernisierungsgesetz1.pdf>

Zur Kraftwerksstrategie und zum Kapazitätsmechanismus:

Das bekannt gewordene Non-paper<sup>9</sup> skizziert einen großvolumigen Kapazitätsmarkt mit rund 41 GW gesicherter Leistung für 2031 sowie frühen Ausschreibungen bereits 2026. Wird ein solches Instrument vor allem als Absicherung von Gaskraftwerken ausgestaltet, ohne einen verbindlichen, überprüfbaren Umstiegspfad weg von Erdgas<sup>10</sup> und ohne echte Teilnahmekancen für Speicher, Lastmanagement und Power-to-Heat, drohen unnötig hohe Systemkosten. Kostenabschätzungen (u. a. aus der Energiewirtschaft) zeigen zudem, dass ein zentraler Kapazitätsmarkt erhebliche Umlage- und Gesamtkostenrisiken mit sich bringen kann. Deshalb sind Technologieoffenheit, Netzdienlichkeit, Kostentransparenz und eine klare Dekarbonisierungslogik unverzichtbar; eine Förderung fossiler Kraftwerke „mit CCS“ würde neue Pfadabhängigkeiten schaffen und ist auszuschließen.

In Summe geht es um einen klaren Kurs:

Engpässe durch Netzausbau und Digitalisierung abbauen, erneuerbare Energien und Speicher beschleunigen, die Wärmewende verlässlich und sozial absichern und Versorgungssicherheit kosteneffizient über Flexibilität und dekarbonisierungssichere Kapazitäten organisieren, statt die Energiewende zu verzögern und zu verteuern.

---

<sup>9</sup> [https://www.duh.de/fileadmin/user\\_upload/download/Projektinformation/Energiewende/Gas/251231\\_Non\\_Paper\\_GER\\_Power\\_Plant\\_Strategy.pdf](https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/Gas/251231_Non_Paper_GER_Power_Plant_Strategy.pdf)

<sup>10</sup> <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2026/01/20260115-grundsatzeinigung-mit-europaeischen-kommission-ueber-eckpunkte-der-kraftwerksstrategie.html>